

Das katholisch-konservative Nidwalden erlaubt 1931 einem Mann, den Geschlechtseintrag zu ändern **SEITE 10**

Das VBS hat sieben Ordner und zwanzig Dossiers zur geheimen Kaderorganisation P-26 verloren **SEITE 10**

Genug vom Stau an der Grenze

Deutschland schafft neue Stempelstellen für Einkaufstouristen

JÖRG KRUMMENACHER

Während das Eidgenössische Finanzdepartement über einem Bericht zu den Fragen brütet, wie der Einkaufstourismus eingedämmt werden kann und ob die Freigrenze bei der Schweizer Mehrwertsteuer fallen soll, handelt Deutschland. Denn der Strom von Schweizern bringt den deutschen Orten nicht nur Umsatz, sondern auch Staus. Eine Massnahme, diese Begleiterscheinung einzudämmen, wird nun umgesetzt.

Bisher mussten die Ausfuhrscheine bei der Rückkehr in die Schweiz direkt bei den Zollübergängen abgestempelt werden, um die deutsche Mehrwertsteuer von 19 Prozent für zurückverlangene zu können. Im Januar ist in Konstanz eine Stempelstelle beim Bodensee Forum in Betrieb genommen worden, die einen Kilometer von der Grenze entfernt liegt – direkt neben einem grossen Parkplatz, der von Schweizer Kunden genutzt wird. Geöffnet ist die Abfertigungsstation montags bis samstags bis 21 Uhr. Sie soll, wie das Hauptzollamt Singen formuliert, «zur Entspannung der bestehenden Verkehrssituation an den Konstanzer Grenzübergängen beitragen». Abgefertigt werden hier allerdings nur Ausfuhrscheine bis 275 Euro pro Person. Dadurch soll jene Kundschaft, deren Einkauf über dem Schweizer Mehrwertsteuerfreibetrag von 300 Franken liegt, weiterhin direkt zum Zoll gelenkt werden.

Ein Ärgernis sind vor allem die Staus beim Gemeinschaftszoll Richtung Schweizer Autobahn. Die zahllosen Einkaufstouristen, die dort ihre Ausfuhrscheine abstempeln wollen, versperren beim Warten auf einen Parkplatz die Durchfahrt für den gesamten Verkehr. Die neue Stempelstelle werde bereits von zahlreichen Reisenden genutzt, sagt Michael Hauck, der Mediensprecher des Hauptzollamts Singen. Wie hoch der Entlastungseffekt sein werde, lasse sich aber noch nicht schlüssig abschätzen.

Spürbare Verkehrsentslastung

Erste Erfahrungen hat der deutsche Zoll bereits beim Übergang zwischen Rheinheim und Zurzach gesammelt. Auch dort kam es immer wieder zu langen Rückstaus. Im Juni letzten Jahres wurde vor-



Nur mit einem Ausfuhrstempel vom Zoll gibt es die Mehrwertsteuer zurück.

JANINE SCHRANZ/NZZ

erst probeweise eine Stempelstelle im Gemeindezentrum der nahen Ortschaft Küssaberg installiert – mit gutem Erfolg. «Die angestrebte spürbare Verkehrsentslastung des Grenzübergangs ist eingetreten», freut sich Hauck.

In Küssaberg, wo genügend Parkplätze vorhanden sind, lassen nach einer «Eingewöhnungsphase» inzwischen drei Viertel der Schweizer Kunden ihre Ausfuhrscheine abstempeln. Die Stempelstellen in Küssaberg und Konstanz sollen zumindest bis 2020 betrieben werden. Hinzu kommt noch vor Ostern eine weitere vorgelagerte Stempelstation direkt beim Einkaufszentrum im deutschen Laufenburg, welche helfen soll, Rückstaus beim Zollübergang ins schweizerische Laufenburg zu vermeiden. Weitere Stempelstellen, vor allem rheinabwärts bis Basel, sind nach Auskunft

der Hauptzollämter Singen und Lörrach vorerst nicht geplant.

Möglichkeit des Missbrauchs

Lange hatte sich der deutsche Zoll gegen die vorgelagerten Stempelstellen gewehrt. Der Ausfuhrstempel ist ja nichts anderes als die Bestätigung, dass die Ware in die Schweiz ausgeführt wurde. Wird der Stempel aber deutlich vor der Grenze auf den Ausfuhrschein gesetzt, lässt sich die Ausfuhr umgehen, was Missbräuchen Tür und Tor öffnet. Der deutsche Zoll hat sich inzwischen allerdings dazu durchgerungen, dies zu akzeptieren, und verweist auf entsprechende Kontrollen. Die Ausfuhrscheine müssten, hält er fest, «unverzüglich ausgeführt werden». Aus Schweizer Sicht tragen die zusätzlichen Stempelstellen dazu bei, den günstigen

Einkauf in den grenznahen deutschen Orten noch attraktiver zu machen. Wie stark die allmählich eingetretene Abschwächung des Frankens gegenüber dem Euro einen gegenteiligen Effekt hat, ist offen. Gemäss Hochrechnungen für 2017 ist davon auszugehen, dass der Einkaufstourismus auf hohem Niveau stagniert habe, stellt Michael Hauck fest.

2015 und 2016 wurden an der deutsch-schweizerischen Grenze jeweils rund 175 Millionen Ausfuhrzettel abgestempelt. Um das zu bewältigen und die Zollbeamten zu entlasten, musste der deutsche Zoll letztes Jahr zusätzliche 49 Tarifbeschäftigte einstellen. Noch offen ist, wann das ungeliebte Abstempeln wie angekündigt durch ein automatisiertes Verfahren abgelöst werden kann. Die Generalzolldirektion, sagt Hauck, arbeite «mit Hochdruck» an einer Lösung.

FDP sagt «Ja, aber» zu Rahmenvertrag

Die Bundeshausfraktion legt ihre Europaposition fest

Im Beisein von Bundesrat Ignazio Cassis hat die FDP-Bundeshausfraktion am Wochenende an einer Tagung festgelegt, wo sie in der Europapolitik ihre rote Linie ziehen will. Wie Parteipräsidentin Petra Gössi und Fraktionschef Beat Walti an einem Pressetermin ausführten, waren die Diskussionen intensiv. Nun seien die Meinungen aber gemacht: Die Fraktion bekennt sich klar zum bilateralen Weg und zur Personenfreizügigkeit. Die Kündigungsinitiative der SVP lehnt sie ebenso deutlich ab. Die FDP appelliert aber auch an die Wirtschaft, ihre Verantwortung wahrzunehmen: Der Inländervorrang könne nur dann Wirkung erzielen, wenn das Potenzial an inländischen Arbeitskräften konsequent ausgeschöpft werde. Zudem müsse die Einwanderung aus Drittstaaten in die Sozialwerke eingedämmt werden.

Wie die FDP-Exponenten betonten, ändert sich an ihrem Ja zu den bilateralen Verträgen nichts. Sie sollen gesichert «und zum Vorteil der Schweiz weiterentwickelt werden». Allerdings müssten bei der Rechtsübernahme die demokratischen Rechtssetzungsverfahren der Schweiz samt Referendumsrecht gewahrt bleiben, betonte Parteipräsidentin Petra Gössi. Die FDP stelle sich dezidiert gegen eine automatische Rechtsübernahme.

Für das Streitbeilegungsverfahren zwischen der Schweiz und der EU sieht die Partei die Zuständigkeit beim gemischten Ausschuss. Bei Uneinigkeit solle ein nachgelagertes Schiedsgericht über eventuelle Ausgleichsmassnahmen entscheiden. Die FDP ist überzeugt, dass damit auch die Guillotineklausel abgeschafft werden kann. Für die Schweiz essenzielle Bereiche wie der Inländervorrang, die flankierenden Massnahmen, die Rechtshilfe oder der Transitverkehr sollen allerdings von einer institutionellen Regelung ausgeklammert werden. Der Inhalt eines solchen Abkommens sei wichtiger als die Geschwindigkeit der Umsetzung. Der Bundesrat solle erst aufzeigen, in welchen Bereichen neue sektorielle Abkommen der Schweiz überhaupt etwas nützen.

Ein klares Bekenntnis leistet die FDP auch zu Schengen/Dublin. Ein allfälliges Referendum werde nicht unterstützt.

Die CVP steht vor einer Bewährungsprobe

In Nid- und Obwalden ist in diesen Wochen ein deutlich erhöhtes Aufkommen von CVP-Spitzenpolitikern festzustellen

2017 ist ein wichtiges Wahljahr für die CVP. Unter dem Parteipräsidenten Gerhard Pfister und seinem wertkonservativen Kurs will sie unter anderem in Nidwalden die Trendwende schaffen.

ERICH ASCHWANDEN

Natürlich reisen Bundesrätin Doris Leuthard, der Parteipräsident Gerhard Pfister oder der Bauernpräsident und Nationalrat Markus Ritter nicht der schönen Landschaft wegen in die Urschweiz. Vielmehr stehen in beiden Kantonen am 4. März Gesamterneuerungswahlen an. Für die CVP steht einiges auf dem Spiel.

In der Innerschweiz haben die Christlichdemokraten in den letzten Jahren kontinuierlich an Terrain verloren. Noch vor zwanzig Jahren stellte die CVP in Nidwalden genau die Hälfte der 60 Landrätinnen und Landräte. Bei den letzten

Wahlen 2014 musste sie sich in der Wählergunst von der SVP knapp überflügeln lassen. Beide Parteien stellen seither je 17 Parlamentarier. Vom Parteipräsidenten Gerhard Pfister, der als Zuger selber aus der Zentralschweiz stammt und einen prononciert wertkonservativen Kurs eingeschlagen hat, erhoffen sich die Parteiverantwortlichen eine Wende. Wo, wenn nicht in den Stammländern soll der Wiederaufstieg eingeleitet werden.

Unruhe bei den Grünen

Dass für ihre Partei ein wichtiger Urnengang ansteht, stellt auch Kantonalpräsidentin Theres Rotzer fest: «Natürlich spielt die nationale Grosswetterlage eine wichtige Rolle. Es ist eine grosse Herausforderung für die CVP, Wähleranteile zu gewinnen.» Im Wahlkampf versuche man die von Pfister angestossene Wertedebatte einfließen zu lassen. «Doch letztlich entscheidet der Wähler aufgrund der kantonalen Politik, wo er sein Kreuzchen macht», ist Rotzer überzeugt. Die CVP sei in den letzten vier Jahren geschlos-

ner aufgetreten, was sich nun auszahlen könnte. «Wir sind froh, wenn wir unseren Wähleranteil von 29 Prozent halten und im besten Fall sogar einen Sitz zulegen können», sagt Rotzer und gibt damit das Ziel für den 4. März aus.

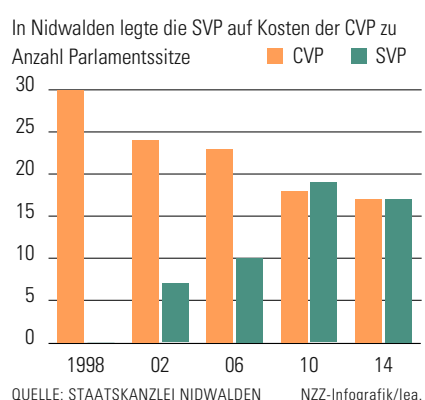
Gespannt ist man auch auf das Abschneiden der Grünen. Die Partei profitierte davon, dass die Landratssitze

vor vier Jahren erstmals nach dem System Doppelter Pukelsheim verteilt wurden. Die Grünen, die in Nidwalden traditionell stärker sind als die SP, konnten sich 2014 von 5 auf 8 Sitze steigern. Negativ könnte es sich für die Partei auswirken, dass sie bei den gleichzeitig stattfindenden Regierungswahlen keine glückliche Figur macht.

Die FDP geht in die Offensive

Eigentlich wären die Grünen gerne mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten angetreten, um ihren 2010 verlorenen Sitz in der Exekutive zurückzuerobieren. Doch den einzigen Bewerber, der Interesse an einer Kandidatur anmeldete, wollte die Partei nicht. Conrad Wagner, der Mitbegründer des Auto-Sharing-Unternehmens Mobility, hat schon zweimal erfolglos den Sprung in die Regierung angestrebt. Die Grünen wollten lieber auf eine neue Kraft setzen. Wagner tritt nun ohne die Unterstützung seiner Partei an, was seine Chancen zusätzlich schmälert.

Die CVP im Sinkflug



In der siebenköpfigen Regierung gilt es Ueli Amstad (svp.) und Yvonne von Deschwanden (fdp.), die zurücktreten, zu ersetzen. Die SVP gibt sich defensiv und tritt mit einem Zweitticket an. Auf diesem stehen der amtierende Bildungsdirektor Res Schmid sowie die Juristin Michèle Blöchliger. Der Antrag, ein Dreierticket und auch jemanden aus dem bäuerlichen Lager zu präsentieren, wurde an der Delegiertenversammlung abgelehnt.

Schliesslich verhinderte die FDP stille Wahlen. Neben dem bisherigen Finanzdirektor Alfred Bossard steigen die Freisinnigen mit dem Architekten Niklaus Reinhard und Joe Christen, der bei der kantonalen Baudirektion arbeitet, ins Rennen. Wer von den neu Kandidierenden das Rennen macht, ist schwer vorauszusagen. Vergleichsweise komfortabel ist für einmal die Ausgangslage für die CVP. Mit dem Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger, der Justizdirektorin Karin Kayser und dem Baudirektor Josef Niederberger kann sie auf drei Bisherige setzen.